

Erstmal wöchentlich 2 Mal  
in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle  
Buchhandlungen und Buchhand-  
lungen des In- und Aus-  
landes an.  
Für Leipzig nehmen Be-  
stellungen an:  
die Expedition, Poststraße 4.  
die Genossenschafts-  
buchdruckerei, Zeigerstraße 44.  
H. Debel, Peterstraße 18.  
J. Müller, Bayerischestraße  
8b, III.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
Für Preußen incl. Steuer-  
steuer 17 Sgr., für die übrigen  
Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.  
pro Quartal,  
pro Monat 4 1/2 Sgr.  
Für Leipzig und Umgegend  
pro Quartal 13 Sgr.  
Filial-Expeditionen für die Ver-  
einigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
via New York.  
G. A. Lenneder,  
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 34.

Sonntag, 26. April.

1873.

## Die Fortschrittspartei und das Vereins- und Versammlungsrecht.

Die Fortschrittspartei im Reichstag, dieser „linke“ Flügel der sogenannten „liberalen“ Partei hat einen Vereins- und Versammlungs-Gesetzentwurf dem Reichstag unterbreitet, der zu bezeichnend ist für den Liberalismus der Loh- und Ziegler, Schulze-Delitzsch und Consorten, als daß wir ihn nicht zum Abdruck bringen und mit einigen Bemerkungen begleiten sollten.

Er lautet:  
§ 1. Alle Deutschen haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu versammeln und Vereine zu bilden. Der vorgängigen Einholung obrigkeitlicher Erlaubnis bedarf es nicht. Beschränkungen dieses Rechtes sind nur insoweit stat, als dieselben durch dieses Gesetz vorgeschrieben oder zugelassen sind.

§ 2. Von öffentlichen Versammlungen zu politischen Zwecken hat der Unternehmer mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Orts und der Zeit derselben Anzeige bei der Ortspolizeibehörde zu machen. Diese Behörde hat darüber sofort eine Bescheinigung zu erteilen. Schüler und Lehrlinge sind nicht berechtigt, solchen Versammlungen beizuwohnen, und können aus denselben entfernt werden.

§ 3. Die Vorsteher politischer Vereine sind verpflichtet, die Statuten des Vereins binnen drei Tagen nach der Stiftung des Vereins und jede Aenderung der Statuten binnen drei Tagen, nachdem sie eingetreten ist, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnissnahme einzureichen. Personen weiblichen Geschlechts, Schüler und Lehrlinge dürfen nicht als Mitglieder aufgenommen werden. Die Ortspolizeibehörde hat über die erfolgte Einreichung der Statuten und die Abänderung derselben sofort eine Bescheinigung derselben zu erteilen.

§ 4. Wenn für die öffentlichen Versammlungen eines politischen Vereins (§ 3) Zeit und Ort statutenmäßig oder durch einen besonderen Beschluß im Voraus festsetzt, und dieses wenigstens 24 Stunden vor der ersten Versammlung zur Kenntniss der Ortspolizeibehörde gebracht worden ist, so bedarf es einer besonderen Anzeige, wie sie der § 2 erfordert, für die einzelnen Versammlungen nicht.

§ 5. Die Ortspolizeibehörde ist befugt, in jede öffentliche Versammlung zu politischen Zwecken einen oder zwei Polizeibeamte zu senden. Dieselben müssen sich als amtlich Beauftragte durch schriftliche Ordre ihrer vorgesetzten Behörde legitimieren. Diesen Beamten muß ein angemessener Platz eingeräumt werden.

§ 6. Die beauftragten Polizeibeamten sind befugt, sofort jede öffentliche Versammlung zu politischen Zwecken aufzulösen, bezüglich deren die Anzeige (§§ 2 und 4) nicht rechtzeitig erfolgt ist. Ein Gleiches gilt, wenn in einer solchen Versammlung die Erörterung von Anträgen oder Vorschlägen durch den Vorsitzenden zugelassen wird, welche eine Aufforderung zu strafbaren Handlungen enthalten, oder wenn in der Versammlung Gewaffnete erscheinen, die zu entfernen den Polizeibeamten mit Hilfe der Versammlung nicht gelingt.

§ 7. Sobald der beauftragte Polizeibeamte die Versammlung für aufgelöst erklärt hat, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen. Der Beamte, welcher die Versammlung ungesetzlicher Weise auflöst, verfällt in eine Ordnungsstrafe bis zu 30 Thalern.

§ 8. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, in nicht geschlossenen Räumen, bedürfen der vorgängigen schriftlichen Genehmigung der Ortspolizeibehörde. Die Genehmigung, welche mindestens 48 Stunden vor dem Beginn der Versammlung nachzusuchen ist, darf nur versagt werden, wenn aus der Abhaltung der Versammlung eine dringende Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu befürchten ist. Die Leiter der Versammlung sind jedoch verpflichtet, den von der Polizei im Interesse der öffentlichen Ordnung und des Verkehrs getroffenen Anordnungen nachzukommen. Dieselben Bestimmungen greifen in Bezug auf öffentliche Aufzüge in den Städten und Dörfern oder auf öffentlichen Straßen, Leichenbegängnisse und Züge der Hochzeits- und Verlobungsversammlungen, wo letztere hergebracht sind, bedürfen der Anzeige und Genehmigung nicht.

§ 9. Uebertretungen der Bestimmungen dieses Gesetzes werden an den Vorstehern und Leitern der Vereine und Versammlungen mit Geldstrafen bis zu 100 Thln. und an den Teilnehmern mit Geldstrafe bis zu 50 Thln. gestraft. Auf Schließung des Vereins kann erkannt werden, wenn die Zwecke oder Beschlüsse desselben den Bestimmungen des Strafgesetzbuches widersprechen. Eine vorläufige Schließung ist in diesem Falle der Ortspolizeibehörde gestattet, welche binnen 8 Tagen die richterliche Entscheidung über die Aufrechterhaltung der Schließung einzuholen ist.

§ 10. Die beschränkenden Bestimmungen dieses Gesetzes über die Anzeige der Versammlungen und Vereine (§§ 2, 3, 4), sowie über die Ueberwachung derselben (§ 5), beziehen sich nicht auf die im Reichswahlgesetze § 17 zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten gestatteten Vereine und öffentlichen Versammlungen der Wahlberechtigten. Dasselbe gilt in Betreff der Wahlen zur Landes- und Gemeindevertretung.

§ 11. Alle Gesetze und Verordnungen in den einzelnen Bundesstaaten, welche den Bestimmungen dieses Gesetzes widersprechen, sind aufgehoben.

In der guten alten Zeit des Liberalismus, d. h. zu der Zeit, wo er noch ein bloßes Idealismus und vielleicht auch etwas mehr persönliches Interesse an dem Vereins- und Versammlungsrecht hatte, als heute, wo die Massen sich immer mehr von ihm abwenden, würde dieser Gesetzentwurf von der Fortschrittspartei selbst als reaktionär bezeichnet worden sein. Allein die Zeiten haben sich geändert. Die Bourgeoise ist bescheiden, sehr bescheiden ge-

worden, seitdem sie ihre sozialen Rechte und Freiheiten und Vorteile erlangt hat und in der anstrebenden Arbeiterklasse ihren Todfeind erblickt. So kommt es, daß sie heute sich hinter die Polizei versteckt und ihr Befugnisse zuweist, welche sie vor 10 Jahren noch mit Entrüstung zurückgewiesen.

Wollte die Fortschrittspartei ihrem eigenen früheren Standpunkt gemäß verfahren, dann dürfte das Gesetz nur einen einzigen Paragraphen enthalten, der etwa so lautete: „Alle Deutschen haben das Recht, sich zu versammeln und Vereine zu bilden. Hierbei begangene Vergehen und Verbrechen werden nach den Bestimmungen des Strafgesetzes beurteilt. Alle entgegenstehenden Gesetze und Bestimmungen sind aufgehoben.“ Das war kurz, bündig und „zweifelsohne“, und war wenigstens keine Verschlechterung für die weiter vorgeschrittenen deutschen Staaten. Denn würde dieser obige Gesetzentwurf, selbst unverschleiert, vom Reichstag und den Regierungen angenommen: Staaten wie Württemberg, Weimar und verschiedene andere deutschen Länder, die sich in Bezug auf Vereine und Versammlungen bis jetzt absoluter Freiheit erfreuten, würden dadurch der Polizeisucht unterworfen. So wird die polizeiliche Annahme der Versammlungen aufrecht erhalten, — warum? sehen wir nicht ein. Die Polizei erfährt so gut und auf dieselbe Weise, wie das übrige Publikum, wann und wo eine Versammlung stattfindet; sie kann also, wenn sie Geschmack daran findet, ihre Vertreter hinsenden und sich Bericht erstatten lassen. Aber sie hat kein Recht zu einer Ausnahmebestimmung. Die Fortschrittspartei ist reaktionärer als der ehemalige Berliner Polizeipräsident von Wurmb, denn dieser übte in den letzten Jahren seiner Amtstätigkeit die Praxis, Polizeibeamte, wenigstens offiziell, nicht in die Versammlungen zu senden. Nach § 3 sollen die Vorsteher politischer Vereine verpflichtet sein, Statuten und Aenderungen derselben binnen 3 Tagen der Polizei anzumelden. Was aber hat die Polizei mit den Statuten zu thun? Will ein Verein ungesetzliche Handlungen begehen, dann setzt er dies sicher nicht in die Statuten; begeht er solche Handlungen, dann ist es Sache der Behörden, sie ausfindig zu machen, und Sache des Staatsanwalts, sie zu verfolgen. Der Eifer, der bisher in dieser Hinsicht entwickelt worden ist, macht besondere Bestimmungen künstlich überflüssig. Kindisch aber ist die Bestimmung, daß Frauen von politischen Vereinen ausgeschlossen sein sollen. Das sächsische Vereinsgesetz ist das reaktionärste in Deutschland, aber bis zu einer solchen Rückwärtserei hat es sich denn doch nicht verstiegen. Ahnt denn die Fortschrittspartei gar nicht, welche ein Armutzeugnis sie sich ausgestellt, indem sie eine solche Bestimmung aufnahm? Fühlt sie denn nicht die Entehrung, die sie dem weiblichen Geschlecht im Allgemeinen und ihren Frauen und Töchtern im Speziellen antut, indem sie dieselben für unfähig oder unwürdig erklärt, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern und an der Lösung der politischen und sozialen Fragen, die das Interesse des weiblichen Geschlechts eben so tief, oft noch tiefer berühren, wie das des männlichen, teilzunehmen? In England steht seit Jahren das Frauenstimmrecht und die Zulassung der Frauen zum Parlament auf der Tagesordnung, in Amerika hat man in verschiedenen Staaten der Union ihnen das Stimmrecht bereits erteilt und sie zur Velleidung selbst öffentlicher Ämter, wie des Geschworenenamtes, zugelassen, die „deutsche Fortschrittspartei“ aber schämt sich nicht, die Frauen mit Unmündigen auf eine Stufe zu stellen, sie in der Parastellung, welche sie in der heutigen Gesellschaft einnehmen, festzubannen, und ihnen die thätige Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten zu untersagen. Wohin eine solche Bestimmung führen kann und wird, mögen folgende Beispiele zeigen. Nach einer Verordnung der Oberpostbehörde sollen Frauen beim Postdienst zugelassen werden. Geht nun der Fall, die Postbeamten bildeten einen Verein zur Verabreichung ihrer Interessen, zu dem natürlich auch die weiblichen Beamten gehörten. Dieser Verein beschloß eine Agitation für Aufbesserung seiner Lage, er hielt Versammlungen ab, in denen er beschwor, die Postüberschüsse statt für das Militärbudget, das verwerflich und dem Volke nachteilig sei, zur Aufbesserung der Postbeamtengehälter zu verwenden und er petitionierte in diesem Sinn an den Reichstag. Die weiblichen Postbeamten wären — ganz abgesehen von den Maßregelungen, die Herr Stephan schon an und für sich oppositionellen Beamten angedeihen läßt — gesetzlich davon ausgeschlossen. Oder: Frauen treten in die Gewerkschaften ein, wie das sehr häufig schon der Fall ist. Die Gewerkschaften verlangen vom Staat Verbesserung der Sozial-Gesetzgebung. Da sie sehen, daß der jetzige Reichstag, inclusive der Herren von der „Fortschrittspartei“, ihre Wünsche nicht erfüllen, beschließen sie, Candidaten aus ihrer eigenen Mitte aufzustellen und für ihre Wahl zu wirken. Flugs kommt die Polizei, sagt: die Gewerkschaften sind politische Vereine, die Frauen müssen heraus. Man komme uns nur nicht mit dem Einwand: Gewerksvereine und Fachvereine sind keine politischen Vereine, da kann den Frauen die Teilnahme nicht verboten werden! Paris! Vorerst muß man uns zeigen, worin denn das Kriterium eines politischen Vereins besteht. Die sächsische Polizei hat an vielen Orten die Gewerkschaften ohne alle Gewissensscrupel für politische Vereine erklärt und die oberen Verwaltungsbehörden bis zum Ministerium hinauf haben dem zugestimmt. Nun, was in Sachen möglich, ist auch im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ möglich, sintermalen die sächsische Regierung in ihrem Feuerifer zur Verfolgung der Sozialdemokratie von Berlin aus direkt und indirekt inspiriert worden ist und wird.

Ebenso verwerflich wie die Ausschließung der Frauen aus politischen Vereinen, ist es die von „Schülern und Lehrlingen“. Nach dem bisherigen preussischen Vereinsgesetz muß Jemand 18 Jahre alt sein, wenn er einem politischen Vereine beitreten will; jetzt darf er älter sein und er darf doch nicht beitreten, wenn er zufällig Lehrling oder Schüler ist. Es giebt nicht wenig Lehrlinge

über 18 Jahre alt und unter den Besuchern von Real-, Polytechnischen-, Kunst-, Gewerbe-, Kaufmännischen Schülern u. giebt es ebenfalls sehr viele, die über 18 Jahre alt sind. Alle sind nach dem Entwurf der Fortschrittspartei ausgeschlossen. Eine schöne Freisinnigkeit. — Aber die Polizei soll auch die Versammlung sofort auflösen dürfen, wenn die polizeiliche Anzeige nicht erfolgt, Erörterungen von Anträgen oder Vorschlägen zugelassen werden, welche eine Aufforderung zu strafbaren Handlungen enthalten. Und, da die Antragsteller diese ihre eigne reaktionäre Bestimmung und die Gefahr leichten Mißbrauchs fühlen, setzen sie hinzu: „Der Polizeibeamte, der eine Versammlung ungesetzlich auflöst, soll in eine Ordnungsstrafe bis zu 30 Thalern verfallen.“

Wer ist's denn, der meist die Versammlungen überwacht? Gendarmen und Polizeidiener, überhaupt Subalternbeamte, also Leute, deren Bildungspunkt häufig ein dürftiger ist, Leute, die oft in reaktionärer Gesinnung erzogen sind und die namentlich dann, wenn sie einen strengen Vorgesetzten über sich haben, in ihrem Diensteser lieber etwas zu weit gehen als zu nachsichtig handeln. Ueber die wunderbare Auffassungs- und Interpretationskunst niederer und höherer Polizeibeamten hat die Geschichte der letzten 25 Jahre zahlreiche und haarsträubende Beispiele geliefert. Aber für die „liberale“ Fortschrittspartei sind sie verloren. Die Androhung der Ordnungsstrafe ändert gar nichts, denn wer vollstreckt diese? Der Vorgesetzte der Polizeibeamten und der wird in diesem Falle gar gnädig und glimpflich verfahren. Auch die in § 9 angedrohte Strafe, wonach Uebertretungen des Gesetzes bis zu 100 Thln. an den Vorstehern und Leitern der Versammlungen geahndet werden können, ist doppelt so hoch wie die ähnliche Bestimmung im preussischen Vereinsgesetz. Dieser Gesetzentwurf repräsentiert also das höchste Maß des Liberalismus, zu welchem sich der fortgeschrittenste Teil der deutschen Bourgeoise hat erheben können. Wundern kann uns das nicht. Die herrschende Klasse in allen ihren politischen Nuancen ist angegriffen von der Furcht vor der Sozialdemokratie. Diese ist's, die sie lahm legt, ihr den Schlaf raubt und allen ihren Handlungen den Stempel der Halbheit und der Unfähigkeit aufdrückt.

Die Fortschrittspartei hat diesen Gesetzentwurf wie ihren Preßgesetzentwurf als Köder ausgeworfen, um die Dummen und Simpel bei der nächsten Reichstagswahl damit zu fangen. Die Sozialdemokratie wird auf dem Posten sein und den Heuchlern die Larve der politischen „Freisinnigkeit“ herunterreißen.

## Politische Uebersicht.

Die Kaiseridee der Hohenzollern. Der alte Historiker von Ranke in Berlin hat zur Erinnerung an das 25jährige Jubiläum der Berliner Märztage den Briefwechsel zwischen dem „romantischen“ König Friedrich Wilhelm und seinem Gefandten von Bunsen veröffentlicht. Von diesen Briefen die „Demokr. Ztg.“ hat die zwei interessantesten abgedruckt, behandelt einer die deutsche Kaiserkrone, welche von dem „Romantischen“ befanntlich seinerzeit abgelehnt worden ist. Das denkwürdige Altkleid, das zweifelsohne nicht nach Schnaps riecht, lautet folgendermaßen:

„Potzdamm, 13. Dezember 1848.  
„Mein theuerster Bunsen! Ihre letzten Briefe bestätigen mir, was ich schon zu Brühl merkte und möglichst bekämpfte, daß wir uns in Germaniana (in Angelegenheiten Deutschlands) nicht verstehen oder vielmehr, daß Sie mich nicht begreifen können. Es ist dies ein schweres Wort, ich fühle es, aber der Freund muß sich's vom Freunde gefallen lassen. Ich verstehe Sie und Ihre Raisonnements (Urtheile); Sie aber nicht die meinigen, sonst hätten Sie nicht so schreiben können, das heißt, Sie hätten dann nicht (was Sie gethan haben) den absoluten Hindernissen, die zwischen mir und der Kaiserkrone!!! stehen, einen leichten und leicht zu beseitigenden Namen gegeben. Sie sagen (wörtlich wie Herr v. Dargen mir sagte am 26. und 27. v. M.): „Sie wollen die Zustimmung der Fürsten; gut und recht, die sollen Sie haben.“

Aber, mein theuerster Freund, da liegt der Hund begraben: ich will weder der Fürsten Zustimmung zu der Wahl, noch die Krone. Verstehen Sie die marxistischen Worte?

Ich will Ihnen das Licht darüber so kurz und hell als möglich schaffen. Die Krone ist erstlich keine Krone. Die Krone, die ein Hohenzollern nehmen dürfte, wenn die Umstände es möglich machen könnten, ist keine, die eine, wenn auch mit fälschlicher Zustimmung eingeseht, aber in die revolutionäre Saat geschossene Versammlung macht (dans le genre de la couronne des paves de Louis Philippe), sondern eine, die den Stempel Gottes trägt, die den, dem sie aufgesetzt wird nach der heiligen Delung, „von Gottes Gnaden“ macht, weil und wie sie mehr denn 34 Fürsten zu Königen der Deutschen von Gottes Gnaden gemacht und den Letzten immer der alten Reihe gestellt. Die Krone, die die Ottonen, die Hohenstaufen, die Habsburger getragen, kann natürlich ein Hohenzollern tragen, sie ehrt ihn überschwänglich mit tausendjährigem Glanze. Die aber, die Sie — leider meinen, verunehrt überschwänglich mit ihrem Ludergeruch der Revolution von 1848, der abernsten, dümmsten, schlechtesten — wenn auch, Gottlob, nicht bösesten dieses Jahrhunderts. Einen solchen imaginären Reif, aus Dred und Letten gebaden, soll ein legitimer König von Gottes Gnaden und nun gar der König von Preußen sich geben lassen, der den Segen hat, wenn auch nicht die älteste, doch die edelste Krone, die Niemand gestohlen worden ist (Qui s'excuse, s'accuse! R. d. B.) zu tragen?

Greifen Sie in Ihren Vasen, liebster Bunsen; was würden Sie, altes Glied der preussischen Diplomatie und mein wirklicher Geheimer Rath, also mit dem Range des Hochadels bekleidet, sagen und thun, wenn Sie, etwa in Korbach zurückgezogen lebend,

\*) Nach Act der Straßenspaßkronen Ludwig Philipps.

von der Waldeckischen souveränen Landesversammlung zur Exzellenz erhoben werden sollten? Da haben Sie das treue Bild von meiner Lage vis-à-vis Bagern und seiner Fraktion. Sie würden der souveränen Waldecke höchlichst schreiben: „Was Ihr mir geben wollt, habt Ihr nicht zu vergeben, ich aber hab' es aus gutem Schrot und Korn.“ Und gerade so werde auch ich antworten.

... Ich sage es Ihnen rund heraus. Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation, die 43 Jahre geruht hat, wieder einmal vergeben werden, so bin ich es und meines Gleichen, die sie vergeben werden. Und wehe Dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt!

So urtheilte der vorige König von Preußen über das deutsche Kaiserthum und die deutsche Kaiserkrone. Verglichen mit dem jetzigen König war er bekanntermaßen noch freisinniger; er brauchte nicht am 18. März 1848 aus Berlin zu flüchten, er leitete nicht den Standrechtsfeldzug gegen die Badisch-Pfälzischen Reichsversammlungskämpfer; er nahm nicht die Krone direkt „vom Tische des Herrn“. Allerdings, seine Verachtung für einen „aus Dred und Letten gebildeten Reif“, dargereicht von Vertretern des Volks, konnte nicht übertrifft werden. Wenn aber einer der demokratischen Speichellecker des Junkers Bismarck sich noch einmal zu behaupten erfährt, das „neue Reich“ der Herren Wagener und Stieber sei die „herliche Erfüllung“ des 1848er Kaisertraums, dann reibe man dem schaum- und ehrlösen Gesellen unter die Nase den „Ludergeruch der Revolution von 1848“.

Was wir gleich zu Anfang der Reichstagsession betr. des Preß- und des Vereinsgesetzes sagten, erfüllt sich jetzt wörtlich. Obgleich noch ganz vor Kurzem in den offiziellen Blättern auf das Bestimmteste versichert wurde, die Regierung denke nicht daran, die betreffenden Gesetzesvorlagen noch in dieser Session zu machen, und zwar weil das Material noch nicht hinlänglich durchgearbeitet sei, so wird jetzt plötzlich von den nährlichen offiziellen Blättern angedeutet, es sei doch nicht unzumuthig, schon in dieser Session mit den betreffenden Gesetzen vorzugehen. Gewiß ist's nicht „unzumuthig“ — für die Herren Bismarck, Stieber u. Compagnie. Einen so knechtischen, pudelfrommen Reichstag, wie diesen, bekommt man nicht mehr, und ist auch nicht daran zu denken, daß der nächste eine anti-bismarck-stieberische Majorität enthalten werde, so doch gewiß eine Minorität, die stark genug ist, sich nicht mundtot machen zu lassen. Und die betreffenden Gesetztentwürfe vertragen keine Debatte.

Wie gut mit dem gegenwärtigen Reichstag fertig zu werden, das hat sich soeben wieder recht eklatant gezeigt. Von „liberaler“ Seite ist bekanntlich ein „selbstständiger“ Preßgesetzentwurf eingebracht worden, zu dem der Leipziger Professor und Brochhaus'sche Zeitungs-Redakteur Biedermann den übriggebliebenen Senses seiner jugendlichen Freiheitsbegeisterung hergab. Die Regierung trug in der dem preussischen Krantjunkerthum eigenen Weise auf Brühlste ihre Berathung für den Entwurf zur Schau und, mit derselben „Naturunthwendigkeit“, welche bei gewissen Bierführern auf einen Fußtritt die schweißbedendste Freundlichkeit und Geselligkeit folgen läßt, sind die Urheber des Entwurfs, vor Allen „unser Biedermann“ durch die „moralischen“ Unteroffiziers-Kapitritte in so gute Laune und so glühende Lokalität versetzt worden, daß sie aus ihrem Opus jede anstößige Faser zu entfernen suchten. Hr. Biedermann hat bereits die Kühnheit gehabt, das Recht der polizeilichen Beschlagnahme zuzugestehen. Allerdings nur „für Ausnahmefälle“ — aber aus welchem Fall kann ein Stieber nicht einen „Ausnahmefall“ machen? — In diesen Preßgesetzentwurf hatte sich der Rest des Wiedermann'schen Liberalismus geschlüpft, wie bei einem Fuchs, der in's Wasser geht, die Flohe sich in das Stüchchen Moos flüchten, das er zu diesem Zweck mitunter im Maul tragen soll. Sobald die Flohe über sich drin sind, läßt der Fuchs das Stüchchen Moos fallen, und ist die Plage los. — Hr. Biedermann scheint sich diese sinnreiche Prozedur zum Muster genommen zu haben, um die für einen Redakteur der „Deutschen Allgem. Zeitung“ doch etwas genanten liberalen Flohe für immer los zu werden.

Die Affaire Laaker-Wagener ist genau so weit, wie vor 4 Wochen, und wie vor 8 Wochen — und genau so weit, wie sie in 4 Wochen, in 8 Wochen und in 8 Jahren sein wird, falls bis dahin nicht ein vollständiger Systemwechsel eingetreten ist. Es ist Laaker ähnlich ergangen, wie im vorigen Jahr der Schildwache in der Wiener Hofburg. Er hat einen Spigbuben gefaßt, und da er ihn hat und sich denselben bei Licht betrachtet, merkt er, daß dieser Spigbube kein gewöhnlicher Spigbube ist, sondern ein sehr ungewöhnlicher, den man nicht der Gerechtigkeit überliefern kann, ohne das ganze herrschende System mit ihm auf das Armesünder-Stüchchen zu setzen. Am Wagener hängen die Stieber, die Bismarcke, die Stronoberge, ja noch höhere Personen, — am Wagener hängen die Miquel, die Bennigsen, die Hamberger, die Unruh, — am Wagener hängt der ganze heutige Staat und die ganze heutige Gesellschaft. Da muß man es wohl machen, wie mit dem Wiener Hofburg-Gespens, und will es sich die allmächtige Schildwache nicht ruhig gefallen lassen, so giebt's ja Mittel, sie zum Schweigen zu bringen. — Genug: es ist eine politisch-soziale Unmöglichkeit, daß Wagener auf die Anklagebank und in's Buchthaus kommt, so lange seine Kollegen und Freunde die Herrschaft in den Händen haben. Freilich — ganz so schamlos, als sie es thut, brauchte die Bismarck'sche Leibzeitung, die „Norddeutsche Allgemeine“ nicht für Wagener einzutreten. Man sollte doch den öffentlichen Anstand ein klein bißchen wahren. — Nun — Fürst Bismarck beurtheilt die Welt nach seinen „Saubirten“, für welche der öffentliche und sonstige Anstand allerdings eine terra incognita — unbekannte Domäne ist.

Deutsch-Benetien ist in vollster Blüthe. Der Maire von Straßburg, der „urdeutschen“, dem „wässigen Räuber im heiligen Krieg wieder entrisenen“ Stadt, ist wegen franzosenfreundlicher Gesinnung soeben abgesetzt worden, worauf hin die meisten Mitglieder des Gemeinderaths ihre Entlassung genommen haben. Die Stadt wird jetzt „provisorisch“ von einem Polizeibeamten verwaltet, der seinerseits unter dem Militärkommando steht. So sieht's in Elßaß-Lothringen aus. Worte darüber zu verlieren, wäre überflüssig. Jeder Vernünftige sah voraus, daß es so kommen mußte und nur Dioten oder Stipendiaten des Reptilienfonds können noch läugnen, daß die ungeheure Mehrzahl der Elßaß-Lothringer von der Stieber-Bismarck-Wagener'schen Reichsherrschaft nichts wissen will — was ihnen wahrhaftig auch nicht übel zu nehmen.

Die jüngsten Vorgänge in Straßburg sollen beiläufig, wenn nicht alle Anzeichen trügen, dazu angedeutet werden, die Diktaturperiode für das „neue Reichsland“, welche Ende dieses Jahres erlischt, nochmals zu verlängern. Der Reichstag wird wohl einen dahin zielenden Antrag „apportieren“. Die nationalliberalen Pudel machen schon die nöthigen Anstalten.

Am Donnerstag fand in Newcastle, welches in der politischen Bewegung Englands stets eine hervorragende Rolle gespielt hat, eine großartige Reform-Demonstration statt. Achtzigtausend Personen zogen in Reih und Glied nach dem Ort

der Versammlung, wo sich außerdem noch über 100,000 Menschen einfanden, so daß die Zahl der Personen, welche dem Reform-meeting — oder richtiger den Reform-meetings — beizuwohnten, auf 200,000 angegeben wird. Von verschiedenen Tribünen, die in passender Entfernung von einander angebracht waren, wurde zugleich geredet, und die auf mächtigen Plakaten gedruckten Resolutionen zur Annahme empfohlen, welche auch unter stürmischer Begeisterung erfolgte. Die Resolutionen sind: 1) Allgemeines directes Wahlrecht; 2) gleichmäßige Vertretung nach der Kopfzahl; 3) Bildung von Vereinen durch ganz England, welche diese Forderungen durchzusetzen haben; und 4) Mittheilung der Resolutionen an das Parlament.

Es ist dies unzweifelhaft die großartigste politische Demonstration in England — seit dem Meeting auf Remington Common (April 1848). Die kolossale Betheiligung des Volks liefert den besten Beweis dafür, daß die Massen in Fluß zu kommen beginnen. Und das ist Alles, was noth thut!

In England sind die fünf Gasheizer, deren Verurtheilung durch einen parteiischen Gerichtshof vor mehreren Monaten die Entrüstung eines jeden Menschen mit einem Funken von Gerechtigkeitsinn erregte, in Freiheit gesetzt worden — „begnadigt“ durch die Regierung des „arbeiterfreundlichen“ Gladstone, welche der Ansicht war, daß 12 Monate Gefängniß eine zu harte Strafe, 4 Monate Gefängniß aber das nöthige Strafminimum sei — für das Verbrechen — Arbeiter zu sein. In Maidstone, wo diese Opfer der Bourgeoisjustiz ihre Haft zu verbüßen hatten, gab ihre Freilassung zu einer großartigen Feier durch die Gewerkschaften Anlaß.

Die Partei der Ordnung. Der „Corsaire“ schreibt in seiner Nr. vom 12. April über die spanischen Angelegenheiten: „Es wird von Tag zu Tag klarer, daß wenn die spanische Regierung nur mit den angeblichen „sozialistischen Wählereien“ zu thun hätte, die Ruhe im Lande sehr bald wieder hergestellt sein würde. Die monarchistischen Blätter haben so viel Lärm über die Demonstrationen in Malaga, Barcelona u. s. w. gemacht, daß Jedermann schon zu glauben anfing, die spanische Revolution sei in vollem Zug, ihre Kinder anzufressen.“ Die letzten Telegramme aus Madrid und Barcelona beweisen, daß dem nicht so ist. Barcelona ist vollkommen ruhig und in den großen Städten des Südens haben die föderalistischen Strebungen der Demokratie durchaus nichts Drohendes für die öffentliche Ordnung.

„Es wird also für Hr. Castelar sehr leicht sein, seine ganze Energie gegen die Carlisten zu richten, wenn das Ministerium wirklich geneigt ist, eine entschlossene Haltung anzunehmen.“

Was den reaktionären Zeitungen besonders unangenehm sein muß, ist, daß die „Times“, das Organ der Bourgeoisie par excellence, die guten Nachrichten, welche uns aus Spanien zu gehen, bestätigt. Pant Briefen, welche die „Times“ von in Spanien ansässigen Engländern erhalten hat, ist auch kein wahres Wort an den Sensationsnachrichten, die von den spanischen Correspondenten der monarchistischen Blätter in Umlauf gesetzt worden sind. Die sozialistische und agrarische Bewegung, welche man fürchtete (das heißt, der — um Robespierre's Worte zu gebrauchen — von Schuften für Bören erfundene Popanz, R. d. V.), ist ausgeblieben; Andalusien und die Südpromontorien sind vollkommen ruhig und die Lage ist weder mehr noch weniger schlimm als seit langer Zeit. (Daß sie nicht weniger schlimm, ist aber schon schlimm genug, R. d. V.)

Wahr ist: die Carlisten verwüsten die Distrikte des Nordens und die Anhänger des legitimistischen Kronprinzen sind die einzigen wirklichen Feinde der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Man kann es nicht oft genug wiederholen: die unruhigen Vorgänge (les troubles) in Barcelona waren nur der Gegenschlag der carlistischen Insurrection. Die Einwohner von Barcelona und von Catalonien überhaupt sahen sich von der Regierung verlassen und ihre Erbitterung äußerte sich in mehr oder weniger ersten Gewaltthatigkeiten. Das Ministerium that selbst nichts, um den legitimistischen Aufstand zu unterdrücken, und wollte auch den Lokalbehörden nicht erlauben, mit der nöthigen Energie zu handeln. Unter solchen Umständen ist es ganz natürlich, daß die Republikaner Cataloniens ihr eine erste Warnung (un premier avertissement) zu ertheilen für nöthig hielten.

„Es handelt sich jetzt einfach darum, die carlistische Insurrection zu ersticken. Was die angeblichen Drohungen der Internationalen und die Gefahren eines sozialistischen Aufstands betrifft, so weiß man heutzutage, was davon zu halten ist. Diese Einschüchterungsmittel bringen nicht mehr dieselbe Wirkung hervor wie 1871. Alles läßt im Gegeheil darauf schließen, daß die Föderalisten (und die Internationalen Spaniens sind, den dortigen Verhältnissen entsprechend, fast ausnahmslos föderalistisch, R. d. V.), gerade weil sie das Prinzip der lokalen Autonomie (örtlichen Selbstverwaltung) vertreten, die Ordnung noch energischer aufrecht erhalten würden, als das unitarische System (System des centralisirten Einheitsstaats) es vermöchte.“

Zu diesen Ausführungen des „Corsaire“ haben wir nur wenig zu bemerken. Daß die sogenannte Partei der Ordnung in Wirklichkeit die der Unordnung ist, das wissen die Leser des „Volksstaat“ seit Langem, und daß ganz besonders die Partei des Königthums von Gottesgnaden eine Partei der Gewaltthat und des Blutvergießens ist, nun — das kann in jedem Lebebuch der Geschichte nachgelesen werden und liegt außerdem handgreiflich in der Natur der Sache. Eine Partei, die sich dem organischen Fortschritt der Menschheit entgegenstemmt, kann ihre Existenz nur durch rohe Gewalt kräftigen — die Waffen der Vernunft fehlen ihr ja. — Verlangt sei hier noch erwähnt, daß vor Kurzem in Madrid, unter dem Titel: Los Decamisados \*\*) ein Blatt erschien, welches in tollster Weise die Arbeiter zu einem Putzsch aufzubringen versuchte. Die Arbeiter waren unhofflich genug, keinen Putz zu machen, sie trauten den „Hemdblosen“ nicht recht, und siehe da, eines schönen Morgens entpuppten sich die Schreiber „wie Marx schreibt“ als carlistische Soldbuben. — Tout comme chez nous! —

Uebrigens haben die Carlisten in jüngster Zeit eine tüchtige Schlappe erlitten, jedoch nicht durch die Regierungstruppen, sondern durch die Bürgerwehr des Städtchens Puzerda, die sich die Freiheit nahm, das royalistische Räuber- und Mordgesindel auf eigene Faust ohne Erlaubniß der Herren Castelar und Figueras zu schlagen. Es erinnert uns dies an einen Vorgang im Krimfeldzuge. Man munkelte von einem Sturm auf Sebastopol; drei englischen Soldaten, die auf ihre Offiziere sehr wenig Vertrauen hatten — und mit Recht — behagte die Aussicht nicht; stürmen wollten sie wohl, vertrauten sich auch die Russen aus ihren Erdwerken herauszuwerfen, aber — die Offiziere! — das war bedenklich. Die Soldaten steckten die Köpfe zusammen, und das Resultat war: eines schönen Morgens kam zu Lord Raglan eine Deputation mit der Bitte, wenn es zum Sturm komme, solle man den Offi-

\*) Von allen andern, in besonderem Grade.  
\*\*) Auf Umgestaltung der Grundeigentumsverhältnisse hinzielend.  
\*\*\*) Eigentlich die Hemdblosen, die Aermsten der Armen.

zieren befehlen, in ihren Zelten zu bleiben; sich selbst überlassen wollten die Soldaten schon siegen, aber nicht unter ihren Offizieren. — Nun, Lord Raglan machte ein kurioses Gesicht; die Bitte der Soldaten wurde nicht gewährt und was die Soldaten befürchtete, trat bekanntermaßen ein. — Die Spanier scheinen in ähnelicher Lage zu sein wie die englischen Soldaten in der Krim.

Die Philisterblätter sind seit 8 Tagen gefüllt mit Berichten über den Mannheimer und den Frankfurter Bierkrawall, die theilweise offen, theilweise versteckt die Insinuation enthalten, die Sozialdemokratie wäre schuld an jenen Excessen. Unsere Partei hat es nicht nöthig, sich gegen solche alberne Anschuldigungen zu vertheidigen. Sie braucht nur darauf hinzuweisen, daß alle Excesse, die in den letzten Jahren in Deutschland vorgekommen sind (wir erinnern nur an „Königsbütte“, Braunschweiger und Halberstädter Butterkrawall, Berliner Blumenstraßentumult) auf das Evidenteste aus Tageslicht gebracht haben, daß die Sozialdemokratie mit solchen Lappereien nichts zu schaffen hat. Excesse werden nur da verübt, wo die Sozialdemokratie noch nicht in Blüthe ist und wo eine unausgebildete Masse durch die Lästlosigkeit oder die Böswilligkeit der Behörden aufgestachelt wird. — Ueber den speziellen Grund der Mannheimer und Frankfurter Affaire wissen wir zwar noch nichts Zuverlässiges — unsere Correspondenten haben uns vollständig im Stich gelassen —; nur so viel können wir den um ihr „Bierchen“ besorgten Philistern sagen: Uns Sozialdemokraten liegt das Bier nicht so sehr am Herzen, wie ihnen, daß wir uns feinetthalben blutige Köpfe zu holen Lust hätten. Wenn die Sozialdemokraten einmal dies und noch mehr riskiren sollten und mühten, so würden sie sich an ganz andere Dinge als an Bierbranceien und Bäckeläden halten. Und am allerwenigsten würden sie in Mannheim und Frankfurt zurecht krawalliren. —

In Pforzheim erscheint zur Zeit eine Wochenschrift „der Fortschritt“, (nach rückwärts nämlich!) die als Organ eines „sozialen Reformvereins“ die Interessen der Kapitalisten, der Bourgeoisie und des Ueberthums vertritt und an den Arbeitern unter dem heuchlerischen Deckmantel speißbürgerlicher „Moral“ und „Sittlichkeit“ das edle Handwerk der Bauernfängererei ausübt. Dieses übel nach Frömmigkeit duftende Papier entblödet sich nicht, die Sozialdemokraten „Beträger“ zu nennen. Wo die Beträgererei aber auf Stelzen einhergeht, das zeige nachstehende Stelle aus dem „Fortschritt“, wo es, nachdem die Lage der Arbeiter als „gar nicht so schlimm“ dargestellt ist, folgendermaßen heißt: „Wie wäre es sonst zu erklären, daß gerade diejenigen Arbeiter, die am ärgsten die sozialdemokratischen Phrasen nachschrien und am entsetztesten klagen über die Ausbeutung der Fabrikanten, Geld genug zur Verfügung haben, um gewisse kollegialische Spaziergänger in Wien oder Genf zu unterstützen, das theure (!) Abonnement für den „Volksstaat“ zu bezahlen, oder den Redakteuren desselben zur Abwechslung in ihrer trockenen Arbeit artige Fäßchen Wein(?) zu spendiren.“ — Nur fromm die Augen verdreht, ihr Herren:

„Wir kennen die Weise, wir kennen den Text,  
„Wir kennen auch die Verfasser,  
„Wir wissen, sie trinken heimlich Wein  
„Und predigen öffentlich Wasser!“

Prosit! —

Von Bernhard Veder's deutscher Ausgabe des Bordier'schen L'Allemano aux Tuileries („Briefe deutscher Bettelpatrioten an Louis Bonaparte“) ist soeben (Verlag von Braack in Braunschweig) das zweite Heft erschienen. —

In der Brüsseler „Internationale“ vom 13. April findet sich der Sitzungsbereich des belgischen Föderalraths vom 30. März, der zum Curiosessten gehört, was Fanatismus und kleinlicher Personenhäßigkeit hervorgebracht haben. Es wird nämlich berichtet, daß in der Sitzung vom 30. März — an welcher übrigens nur 7 (und ganz unbekannte) Personen theilnahmen — ein Brief des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins aus Berlin vorgelesen worden sei, welcher die „Intriguen von Karl Marx“ enthalte und den Wunsch Jenes ausdrückte, mit den Belgiern in Correspondenz zu treten. Darauf nun habe der belgische Föderalrath — beziehentlich die 7 Mitglieder — beschlossen, den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu „beglückwünschen“. — Worin die „Intriguen von Karl Marx“ bestehen, das ist weder aus der „Internationale“ noch aus dem „Neuen“ — der bei dieser Gelegenheit den Mund wieder so voll nimmt, daß er an den faustischen Lügen (Marx habe die Haager Mandate gefälscht u. dergl.) zu ersticken droht — zu ersehen. So viel scheint uns jedoch feststehen: Würde in dem fraglichen Briefe auch nur eine Zeile gestanden haben, die das Licht der Welt nicht zu scheuen brauchte, so würde der „Neue“ wohl nicht gezögert haben, ihn zu veröffentlichen. Daß er dies nicht gethan, kann wohl als Beweis dafür gelten, daß wir es mit einem der gewöhnlichen Manöver zu thun haben, welche Diejenigen fortwährend unternehmen müssen, bei denen „das Klappern zum Haadwerk gehört“. Heute eine dumme Stänkerlei nach Brüssel schreiben — morgen einen blödsinnigen Beleidigungsbrief an den konservativen Dekonomen Robbertus (s. „Neuen“ vom 23. April), nur um von sich reden zu machen, — das ist Alles, was Leute vom Kaliber des Jesu Nazareth'schallcanismus zu leisten vermögen.

Wir gönnen dem „Neuen“ dieses Plaisirchen — aber wir bedauern die belgischen Arbeiter, daß sie ihre Leitung in die Hände solcher unwissenden Menschen — wie jener 7 — gelegt haben, die, ohne alle Kenntniß von der internationalen Bewegung, auf dem Schreibebrief des „Neuen“ lediglich darum „reingefallen“ sind, weil die darin enthaltenen Schimpfereien auf Marx ihrer kindlichen Wuth gegen den Genannten Befriedigung gewährten. Jene 7 Herren mögen vor Allen Folgendes bedenken:

Sie hassen Marx als den vermeintlichen „autoritären“ — Anhänger des Autoritätswesens — und „beglückwünschen“ den Allgemeinen Arbeiterverein, der das Autoritätswesen mit seiner „strammen Centralisation“ und Präsidial-Allmacht bis zum Despotismus ausgebildet hat!

Ferner haben jene 7 Herren wahrlich keine Ahnung davon, daß die Urheber des Briefs 1870 in's nationalkriegerische Horn geblasen und uns, den Feinden des Kriegs, „Landesverrath“ vorgeworfen haben wegen unserer internationalen Haltung.

Drittens wissen jene 7 Herren nicht, daß der „Neue Soz.“ allirt ist mit Besnier und Landes in London — welche bei den Belgiern ja berüchtigt genug sind.

Viertens wissen jene 7 Herren nicht, daß die „Führer“ des Allg. deutschen Arbeitervereins die Mistrolche des Polizeigenten Herrn von Schweiger sind. —

Mögen die belgischen Internationalen künftig Leute an ihre

Spitze stellen, die etwas mehr Verstand und etwas mehr Wissen (namentlich von der internationalen Arbeiterbewegung) haben, als die gänzlich unerfahrenen 7 Herren: Raigray (Serviers), Cornet (Centre), Barnotte (Charleroi), Berrynck, Flanbant, Standaert und Pierron.

Zum Ueberflus haben wir Nr. 52 d. Bl. vom vorigen Jahre — worin das Protokoll der Generalversammlung des Allg. deutschen Arbeitervereins abgedruckt ist — an die Redaktion der „Internationale“ abgehandelt. Hoffentlich ist dort noch Jemand, der so viel kritischen Blick hat, um die versuchte Uebertölpelung zu paralysiren.

## Gewerkschaftliches.

### Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

**Chemnitz,** 23. April. Da sich in kürzester Zeit mehrere Mitgliedschaften konstituiert haben und einige Bevollmächtigte der bisher bestandenen Mitgliedschaften abgereist sind, machen wir hiermit die uns gegenwärtig angezeigten Bevollmächtigten bekannt: Berlin: an Stelle unseres schon seit geraumer Zeit erkrankten Freundes Reimann, A. Wendi, alle Schönhauserstr. Nr. 11, Eingang Mulackstr., 3 Tr.  
**Bayreuth:** A. Lauterborn, Nr. 451, Heinsche Werkstat.  
**Chemnitz:** Doberenz, Sonnenstr. 747, 1 Tr.  
**Fürth b. N.:** Wolf, mittlere Königsstr. 23.  
**Frankfurt a. O.:** Blandow, Forsterstr. 3.  
**Münsterberg:** J. Kensing, Giersberg 16, 4 Tr.  
**Leipzig:** W. Stumpf, Neufischhof 31.  
**Schweinfurt:** G. Imhof, Fischgraben 511.  
**Regensburg:** C. Rüd, goldne Sonne, beim Bräukthor.  
**Pirna:** H. Franke, Obere Burgstr. 2.  
**Großenhain:** A. Kunath, Marktgaße 252, 1 Tr.  
**Stade:** J. Lindlob, Burgstr.  
Sichem: G. Willenberger, Neustadt, lit. d 201.  
**Würzburg:** Herbig, Bleicher-Pfarrgaße 12, 2 Tr.  
Landschut in Baiern: Wünschheim, Regimentschneider, Kürassier-Kajerne.  
**Gotha:** F. Knopf, am Berg 41.  
**Pforzheim:** J. Becker, bei Schneider Wader, Kronenstr.

Nachdem wir um Einwendung der Abrechnung bis 15. d. M. aufgefordert hatten, dieses aber noch wenige Mitgliedschaften erhalten haben, so fordern wir nochmals zur ungesäumten Einwendung auf!

Gleichzeitig sei bemerkt, man möge auf den Abrechnungsformularen die am Orte befindlichen Bücher angeben, um ein Verzeichnis der ausgesetzten Bücher führen zu können. Die Nutzung der eingegangenen Gelder für die zur Zeit strittenden Kollegen in Stade folgt bei der Veröffentlichung der Abrechnung.

Durch die Verhältnisse der übermäßigen Arbeitszeit bei gegenwärtiger Saison, scheint in der Agitation sowohl, als auch in der Korrespondenz eine Ferienzeit eingetreten zu sein, und fordern wir daher alle Mitgliedschaften auf, Alles aufzubieten und für unsere Organisation zu wirken. Jede Mitgliedschaft hat ihre besten Kräfte zu betrauen, mit den Nachbarorten zu korrespondiren und sie zur Gründung von Mitgliedschaften zu bewegen. Zum Betrag der Agitationskosten muß in Zukunft unbedingt, sowohl von den Ortsklassen, sowie von der Hauptkasse, etwas mehr aufgebracht werden, sonst können Jahre vergehen, ehe unsere Organisation erweitert wird.

Mit sozialdemokratischem Gruß G. Schöffel.

### Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft.

**Chemnitz,** Die vorläufige Tagesordnung der Generalversammlung ist 1. Rechenschaftsbericht; 2. Statutenänderung, resp. nochmalige Vorlage der im November bekannt gegebenen Statuten; 3. Ueber Organisation der Krankenkasse in Lokalverbänden. Der Ausschuß.

### Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

**Pforzheim,** 20. April. Der Schuhmachersstreik ist nach sechzehntägiger Dauer beendet, und man kann im Allgemeinen sagen, daß er den Gunsten der Arbeiter ausgefallen ist. Nach dem Tarif von 1872 wurde von den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 20 Prozent verlangt. Es wurden nun durch den Streik die Arbeitgeber genötigt, eine Lohnerhöhung von 15 Prozent zu bewilligen. Unter diesen Umständen wurde dann die Arbeit wieder aufgenommen.

Beifolgend wollen wir den Rechenschaftsbericht veröffentlichen: Gelder gingen ein durch H. Bilger aus Dresden 26 fl. 15 kr., durch H. Rütchler aus Nürnberg 10 fl., durch H. Schäfer aus Offenbach 8 fl., von der Gewerkschaft der Gold- und Silberarbeiter dahier 11 fl., von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei dahier 5 fl. 5 kr., von der internationalen Metallarbeiter-Gewerkschaft dahier 3 fl. 36 kr., Summa 63 fl. 56 kr.

Ausgaben für Unterstützung, Plakate, Briefe und Annoncen 122 fl. 8 kr. Es wurde bei dieser Gelegenheit unsere ganze Kasse in Anspruch genommen.

Auf Verlangen mehrerer Städte wollen wir unsern Tarif in Bälde im „Volkstaat“ veröffentlichen.

Mit kollegialischem Gruß

3. Dittus, Bevollmächtigter.  
Dillsteiner Str. Nr. 256.

**Dresden,** 22. April. Berufsgegenstände! Oftern ist bereits vorüber und die Zeit unserer Generalversammlung kommt immer näher. Wir bitten unsere Kollegen allenthalben (auch diejenigen Orte, denen wir aus Mangel einer bestimmten Adresse keine gedruckten Aufrufe zuschicken konnten), Alles aufzubieten, um die Beschickung der Generalversammlung zu ermöglichen und die Delegiertenwahlen nunmehr ungesäumt vorzunehmen, damit jeder bis zum 7. Mai bei uns angemeldet ist und wir in der Lage sind, über die Zahl und die zur Generalversammlung anderweit nötigen Kräfte Klar zu werden, und verweisen wir bez. Ausfertigung und Einschickung der Mandate auf Vorschritt im Aufrufe (siehe unter Tagesordnung).

Anträge gingen bis jetzt ein:  
Offenbach. Präzisere Statuten, sowie regere Agitation.  
Gotha. Aenderung der Firma.  
Fürth. Festlegung einer normalen Arbeitszeit.  
Leipzig. (Mitgliedschaft.) Aufnahme anderer Gewerkschaften, resp. Vereinigung mit anderen Gewerken.  
Vom Aufsichtsrath I die 10 Stunden-Arbeit.  
Vom Aufsichtsrath II: Ausgabe gleichmäßiger Cassenbücher an die Mitgliedschaften durch den Vorort.  
Zu letzterem Antrage bemerkt die Verwaltung, daß die Beschickung der Mitglieds-Cassenlisten sofort nach der Generalversammlung erfolgen muß und erfolgen wird.  
Ferner sind Neuwahlen der Bevollmächtigten angemeldet.  
Leipzig: Moritz Hörsch, Hainstraße Nr. 25, Hof 3. Etage.

**Stuttgart:** Joh. Dümmler, bei Fischer, Langestr. 3. Wanderunterstützung in Regensburg zahlt aus Herr Melzt, Weingasse 77 bei Zidler.

Neue Mitgliedschaften sind angemeldet: Langensalza, Eisenach, Großenhain, Bayreuth, Harburg, Heidelberg, Stade.

Berufsgegenstände! Ihr seht, die Compagnien vermehren sich, die Bataillone werden stärker. Erwacht denn, ihr noch Schlafenden, und schließt euch als pflichtgetreue Rekruten einer Armee an, deren Fahne die Aufschrift trägt: „Hebung des Gewerkes, Verbesserung unsrer traurigen Classenlage durch Brüderlichkeit“. Belebt Euch, Brüder, schließt Euch der Vorhut an, die seit Jahren für Eure Interessen auf Posten steht, seid brav und wachsam! Die herzlichsten Grüße allen Kollegen von nah und fern! Für die Verwaltung:

H. Bilger, Reitbahnstraße 5.

### Gewerkschaft der Holzarbeiter.

**Leipzig.** Nachstehender interessante Brief ist an hiesige Böttcher gerichtet worden:

„Berlin, 17. März 1873. Da sich bis dato 30 Städte Deutschlands gemeldet haben, so haben wir gestern einstimmig beschlossen, den 1., 2. und 3. Pfingstfeiertag einen Congress einzuberufen, bitten Euch daher, ob Ihr einen Delegierten schicken werdet. Oder wollt Ihr Euch so an der Nase rum führen lassen von der Gewerkschaft, wie es uns jetzt zweimal gegangen ist? Nur auf unsere Selbsthilfe\*) können wir uns verlassen.“

Wir haben einen deutschen Tischlerverein und einen deutschen Stellmacherverein. Schwindel mit der ganzen Gewerkschaft! Die Leipziger Stellmacher haben sich auch nicht dem deutschen Verband angeschlossen. Sie werden es jetzt wohl sicher bereuen; die Tischler Berlins führen oder wollen jetzt die stündige Arbeit einführen. In der Hoffnung, unsere Wünsche erfüllt zu sehen, grüßt der Vorstand Berlin:

Fr. Holst.

Auf den uns zugesandten, teilweise sehr confus gehaltenen Brief von Hrn. Holst in Berlin haben wir folgende Anfrage zu richten: Wie kommen Sie dazu, indem die dortigen Böttcher sich der Gewerkschaft der Holzarbeiter angeschlossen, daß Sie zu Pfingsten einen Congress nach Berlin einzuberufen sich erlauben? Ist es Ihr Interesse, welches im Hintergrund sich versteckt hält, oder ist es bloß Mordesehe? — Ferner erklären Sie die Gewerkschaften für Schwindel, welche die Arbeiter nachführen; als Beweis geben Sie an, daß die Berliner schon zweimal auf diese Weise angeführt sind. Nun, welche Gewerkschaften waren es denn, welche die Arbeiter mißbraucht haben? Unsererseits meinen wir, hätte die Gewerkschaft beim Streik in Berlin das ihrige gethan. Ist vielleicht noch nicht genug an Ihren Händen leben gelieben? Wir denken dabei an die schöne Abrechnung und an die Streikelder von Mainz. — Geben Sie mit einem deutschen Böttcher-Streikverein die Garantie, stets hohen Lohn zu erhalten? Dann dürfen Sie als Passanten auch nicht mehr vom ehernen Lohngesetz sprechen. Wir haben die Ueberzeugung, daß die beste Einrichtung, die beste Vereinigung in Händen gewissenloser „Führer“ zu Grunde gehen wird; deshalb haben wir auch eine solche Abneigung vor dem Berliner Congress, daß wir allen Kollegen hiermit anrathen, genau zu prüfen, ob eine solche Vereinigung in solchen Händen nicht mehr angethan ist, das Wohl der Arbeiter zu Grunde zu richten, als zu fördern.

Mehrere Böttchergesellen Leipzigs.

\*) Das riecht ja nach Schulge-Delitsch! Red. d. B.

**Leipzig,** 19. April. (Generalversammlung der Gewerkschaft der Holzarbeiter.) In der heutigen Versammlung eröffnete H. Stelzer 1/10 Uhr die Sitzung. Nach einer kurzen Debatte bezüglich des Congresses stellt Stelzer einen Antrag: „Der nächste Congress soll beantragt werden, den Ausschuß aufmerksam zu machen, mehr für Agitation und Ausbreitung der Gewerkschaften thätig zu sein, in welcher Sache von Seiten des Ausschusses allzuwenig geschehen sei. Rosemann stellt einen Antrag, welcher sich auf den Stelzer'schen stützt, und zwar: Der Ausschuß möchte von Hamburg verlegt werden. Nach einer Erklärung Stelzer's zieht Rosemann seinen Antrag wieder zurück. Beyer beantwortet den Rosemann'schen Antrag und sucht die Vernachlässigung des Ausschusses hinsichtlich der Gewerkschaften zu begründen. Stelzer's Antrag wird angenommen. — Stelzer stellt nach dem noch einen neuen Antrag: „Die betreffenden Delegierten möchten sich mit Preistarifen, die aber gut und zuverlässig ausgearbeitet sein müßten, zum nächsten Congress versehen, wovon der Ausschuß die Corporationen der einzelnen Gewerkschaften noch frühzeitig benachrichtigen soll.“ Der Antrag wird nach längerer Debatte einstimmig angenommen und damit die Versammlung geschlossen.

## Correspondenzen.

**Chemnitz,** 16. April. (Vierteljahrsbericht.) Die Agitation ist in den letzten 3 Monaten von hier aus sehr reger betrieben worden. Ueber die einzelnen Versammlungen wurde bereits berichtet, es soll deshalb hier nur eine Zusammenstellung gegeben werden. Im Ganzen wurden 58 Versammlungen von hier aus arrangirt und abgehalten. Hierin sind nicht inbegriffen die regelmäßigen Versammlungen der Partei und der verschiedenen Gewerkschaften. Auch die Versammlungen, die während der Agitation für die Wahl Bebel's im Januar von hier aus beschickt wurden, sind nicht mit verzeichnet. Im Monat Januar fanden Versammlungen statt am 5. in Reichenbach (Bahlteich und Wolf\*), 6. Burgstädt (Uhle), 20. Rüttloff (Bahlteich und Bachmann), 25. Chemnitz (Bahlteich über die Selbstversicherung der Arbeiter und die hies. Fabrik-Krankenkasse), 26. Leutersdorf (Pöser), 26. Köthensdorf (Bahlteich), 31. Chemnitz (Amand Gögg über amerikanische Zustände; Wolf, Bahlteich und Dieze über den Nutzen der Gewerkschaften). — Am 1. Februar fand statt das Stiftungsfest der „Freien Presse“, bei dem Pöser die Festrede hielt. Außerdem wurden Versammlungen abgehalten: 2. Stollberg (Pöser), 8. Chemnitz, Bers. der Former (Pöser und Wolf), 8. Dresden (Bahlteich über Religion und Sozialdemokratie), 9. Dresden (Stiftungsfest des Arbeiterbildungsvereins, Festrede Bahlteich), 9. Niedertröbna (Pöser), 16. Chemnitz (eine von den Mitgliedern des „Allg. deutschen Arbeitervereins“ veranlaßte Volksversammlung, die mit entschiedener Niederlage dieser Herren endete), 16. Wittgenstorf (Bahlteich), 17. Schönau (Bahlteich und Pöser), 28. Chemnitz (Bahlteich über die Zustände in der Zwidauer Strafanstalt). — Im März fanden folgende Versammlungen statt: 1. Dederan (Pöser), 1. Freiberg (Uhle), 2. Zschopau (Opposition gegen den „Allg. dtsch. Arbeiterverein“, Uhle), 3. Frankenberg (Pöser), 4. Gelsenau (Auer), 5. Chemnitz, Bauhandwerker (Bahlteich, Auer, Uhle), 6. Hainichen (Auer), 7. Chemnitz (Auer über die Arbeiterverhältnisse Berlins), 8. Dederan (Pöser und Uhle), 8. Mittweida (Auer), 9. Zschopau (Bahlteich, Auer, Uhle), 9. Delsnitz und Lugau (Pöser), 10. Frankenberg (Uhle), 15. Hohenstein (Bahlteich), 17. Köpchenbroda (Pöser), 20. Chem-

\*) Die eingeschlossenen Namen nennen die Referenten.

nitz, Bauhandwerker (Pöser), 22. Chemnitz (Pöser über den Arbeitsanfschlag der Buchdrucker), 22. Limbach (Wolf), 22. Dederan (Uhle), 22. Zwidan (Bahlteich), 22. Schellenberg (Pöser), 23. Clausnitz (Wolf), 23. Glauchau (Bahlteich), 23. Zschopau (Uhle), 24. Attendorf (Wolf), 24. Gelsenau (Uhle), 29. Freiberg (Uhle), 30. Wittgenstorf (Pöser), Burgstädt (Pöser), 30. Reichenbach (Uhle), 30. Ober-Rabenstein (Wolf), 31. Gelsenau (Uhle und Demmler). Auer hat außerdem noch gesprochen am 13. in Leisnig, 14. Falkenstein, 15. Blauen, 16. Wylau, 17. Hof. Im Monat Januar hat noch eine Versammlung der hies. Krankenkassenvereine stattgefunden, die ca. 13,000 Mitglieder vertrat und die beim hies. Stadtrath um die Erlaubnis eingekommen sind, ihre Vereinstanten, die dem hies. Stadtkrankenhaus in Pflege gegeben werden, jederzeit besuchen und deren Abwartung kontrolliren zu dürfen. Eine Antwort hierauf zu geben, hat der löbl. Stadtrath noch nicht für gut befunden. — Dann haben die hiesigen Bahnarbeiter eine Lohnerhöhung durchgesetzt pro Tag von 16 auf 18 Rgr. und später von 18 auf 24 Rgr. Die letztere Erhöhung wurde nicht gleichmäßig, sondern nach der Anciennität gewährt. — Die Wiederschickung Arbeiter beschlossen, eine Kasse zu gründen, um sich in Unglücksfällen gegenseitig zu unterstützen, sie gingen damit der hiesigen Unfallversicherungs-Gesellschaft, die von Bourgeois geleitet wird und in deren Verwaltung die betheiligten Arbeiter nichts mit hineinzureden haben, außer Bez. — Unter den hies. Wolldruckern brach ein Streik aus, um die Mädchenarbeit abzuschaffen; sie drangen siegreich durch. Im Monat März tagte hier der Weberinnungstag, der sich dem „Allg. deutschen Weber- und Manufacturarbeiterbund“ anschloß, und Glauchau zu seinem Vorort erwählte. — Seit Februar befinden sich die hiesigen Bauhandwerker mit ihren Meistern im Kampf. Die Letzteren wollen ihren Arbeitern eine Krankenkasse aufstrotzen, in der die Arbeiter nur Pflichten, aber keine Rechte haben, ganz besonders nicht das Recht der Selbstverwaltung. Die Arbeiter verweigern die wöchentlichen Einzahlungen in diese Kasse und stehen bis jetzt fest. Die Meister hoffen trotzdem ihren Willen durchzusetzen und verlassen sich auf die böhmischen Maurer, die jedes Frühjahr schaarenweise mit ihren Frauen hierher kommen und den Sommer über hier bleiben. Diese Böhmen sind für die Arbeiterbewegung noch sehr wenig reif. Die einheimischen Arbeiter werden natürlich nicht faul sein, die Böhmen für ihre gemeinsame Sache mit zu interessieren und bleibt der Verlauf dieser Angelegenheit noch abzuwarten. — Was den Kampf der Buchdrucker anbelangt, so ist derselbe für hier zu Gunsten der Arbeiter entschieden. — Die Verwaltung der hies. Krankenkasse für Maschinenfabriken und Siebereien befindet sich in den Händen der Fabrikanten oder doch in den Händen von den Fabrikanten ergebnen Individuen. Die Arbeiter streben auch in dieser Kasse nach Selbstständigkeit. Der Kampf um diesen Preis währt schon längere Zeit. Der erste Sieg wurde im Monat März erlangt. In dem aus 12 Personen bestehenden Verwaltungsrath sind bereits 6 Sozialdemokraten. Diesem Sieg werden bald weitere folgen. — Die Bewegung wächst hier und in der Umgegend fast täglich, die Zahl der Parteimitglieder nimmt in jeder Versammlung zu, bedeutend mehr aber stehen mit ihren Sympathien noch hinter uns, das beweist auch das stete Steigen der Abonnentenzahl der „Chemn. Fr. Pr.“ Der „Volkstaat“ ist hier in 75 Exemplaren verbreitet. — Wie die Gewerkschaften stehen, ist mir weniger bekannt. Die Bauhandwerker sind sehr organisiert und nicht unbedeutend an Mitgliederzahl. Auch die Manufacturarbeiter-Gewerkschaft soll sich so leidlich stehen. Ueber die Verwaltung der Metallarbeiter-Gewerkschaft hört man öfters wegen Saumseligkeit klagen. Ich bin nicht unterrichtet, inwiefern diese Klagen begründet sind; zu verwundern ist es aber, daß, wenn sie begründet, die entschiedenen und eifrigen Sozialdemokraten, die sich in dieser Gewerkschaft befinden, ihre Beamten nicht ganz gehörig antreiben. — Im Monat Mai (wahrscheinlich am 4.) soll eine Landpartie nach Jahnndorf, in der Nähe Steibergs, stattfinden. Das Nähere wird noch bekannt werden. Aus Allem, was hier berichtet wurde, können die Mitglieder anderwärts ersehen, daß wir in Chemnitz auch für die gesammte Partei einstehen und für sie thätig sind. Im alten Jahre war Bahlteich allein hier, da war es rein unmöglich, eine größere Thätigkeit zu entfalten, Bahlteich und Wolf haben im alten Jahre so viel agirt, als ihnen eben möglich war; daß jetzt mehr geschehen konnte, ist leicht erklärlich, da Pöser und ich seit Neujahr hinzugekommen sind. Es bleibt nun noch übrig, darauf hinzuweisen, daß die Berurtheilungen unserer Parteigenossen Hoff, Dieze und Geilhof ihren Zweck, uns möglichst lahm zu legen, nicht erreicht, sondern das Gegentheil bewirkt haben. Ein Gleiches gilt von der Ausweisung Hoff's. Gerade die Unterdrückungsversuche machen uns die Sache, die wir verfechten, nur um so theurer. Hoffentlich kann ich Ende dieses Monats von einer gleich regen Thätigkeit berichten.

Mit sozialdemokratischem Gruß A. Uhle.

**Wylau,** Am 16. März hielten wir eine zahlreiche besuchte Volksversammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Prinzipien der Sozialdemokratie und die Arbeiterverhältnisse überhaupt.“ — Auer aus Berlin referirte, sein Vortrag wurde mit Begeisterung aufgenommen, und er erntete allgemeinen Beifall. Nach Beendigung des Vortrags wurde vom Vorgesetzten Reichelt son. zum Parteibeitritt, sowie zum Besen der Parteiorgane aufgefordert, und ließen sich in Folge dessen Viele in die Liste einschreiben; Vielen wurde es aber in Folge des großen Andranges unmöglich, indem der Saal so angefüllt war, daß ein großer Theil gar nicht hinein kommen konnte. Im Auftrage des soz. demokr. Arbeitervereins

F. L. Reichelt sen.

**Berlin,** 23. April. An sämtliche Schuhmacher Deutschlands! Mit dem gestrigen Tage haben 3000 unserer Kollegen in Berlin die Arbeit eingestellt, nachdem alle gütlichen Versuche, eine Lohnanbesserung unseres Berufsweigs zu erzielen, an der Hartnäckigkeit und Engzigigkeit der Arbeitgeber gescheitert sind. Unsere angestellte Forderung von 33 1/2 Prozent Lohnerhöhung sollte unsere Löhne nur annähernd denen der andern Berufsclassen gleichbringen; die ganze Welt muß uns zugestehen, daß unser Geschäft in jeder Beziehung hinter allen andern Berufsweigen weit zurückgeblieben ist. Seit Jahren arbeiten wir an einer Verbesserung unserer Lage. Es ist uns gelungen, jetzt eine noch nie dagewesene Einigkeit unserer Kollegen in der Reichsstadt herzustellen. Sämtliche unverheiratheten Kollegen haben sich verpflichtet, morgen auszuwandern; dieselben werden von den strittenden bis Charlottenburg begleitet. Die strittenden haben sich gelobt, 8 Tage ohne Unterstützung auszuharren! Große Opfer sind nötig, um unser berechtigtes Princip zum Durchbruch zu bringen. Jahrelang haben wir nicht nur unsere Kollegen allerorts in ihren Streiks unterstützt, sondern auch allen anderen Berufsarten haben wir bei ähnlichen Gelegenheiten nach Kräften unter die Arme gegriffen. Darum, ihr Kollegen allerorts, jetzt fordern wir Euch auf, uns nach Kräften zu unterstützen, denn ein Sieg in der Centralstadt ist rückwirkend auf alle Provinzialstädte. Verurtheilt schleunigst Versammlungen ein und laßt uns nicht im Stiche! Und namentlich Ihr, Arbeiter, die Ihr Euch in besserer Lage als wir befindet, kommt uns zu Hülfe. Unsere

Collegen sind stets, wenn auch früher in geringer Anzahl, als Pioniere in der Arbeiterbewegung, vorangeschritten. Darum schnell gehandelt, der Augenblick ist günstig. Es lebe unsere gerechte Sache!

**Das Strafs-Comité:**

Totele. Arndorff. Schulze. Haerling. Engler.  
NB. Alle Gelder sind an unsern Kassier H. Schulze, Zimmerstraße 23 zu senden. Alle Briefe an den Vorsitzenden Totele, Staliger Straße 72. Aller Bezug ist fernzubalten.  
Sämmtliche arbeiterfreundlichen Blätter werden ersucht, diesen Aufruf abzubringen.

**Berlin.** Proletariat aller Länder, vereinigt Euch! Immer mächtiger tönt dieser Ruf an unsere Arbeiter, immer mehr und mehr findet er Widerhall in ihren Herzen. Auch unter den Gärtnern Berlins beginnt die Erkenntnis in erfreulicher Weise zu wirken. In einer von über 500 Gärtnergehilfen besuchten Versammlung wurde beschlossen, nachdem die sehr mächtigen Forderungen von den Prinzipalen abgelehnt worden, die Arbeit einzustellen. Leider leisteten diesem mit allen gegen vier Stimmen angenommenem Beschlusse nur Wenige Folge, und machte sich der Mangel einer festen Organisation in solcher Weise fühlbar, daß es nöthig wurde, von einer Weiterführung des Streikes vorläufig abzugehen und erst eine feste Organisation zu schaffen; zu diesem Zwecke wurde eine Commission von fünf Mitgliedern gewählt, und nachdem diese ein Statut entworfen, am 19. April in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung ein „Verein der Gärtnergehilfen Berlins“ gegründet. Das im Sinne der Arbeiterbewegung verfaßte Statut wurde mit wenigen Aenderungen angenommen und ein Vorstand, bestehend aus den Herren Sack und A. Schmidt, Vorsitzende, Tefner und Bernard, Schriftführer, R. Nielsen und Lachmund, Kassierer, und Noack, Beisitzer, gewählt. Nachdem die aufgelegten Listen geschlossen, ergab es sich, daß der Verein bereits 125 eingeschriebene Mitglieder zählt; gewiß ein erfreuliches Zeichen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verein schloß die Versammlung unter den Klängen der Marseillaise.

**Hamburg, 21. April.** An die Schuhmacher Deutschlands! Collegen! Durch die fortwährend steigenden Preise aller Lebensbedürfnisse sehen wir uns gezwungen, an unsere Arbeitgeber mit der Forderung einer Lohnerhöhung von 25 Procent heranzutreten. Mit wenigen Ausnahmen ist unsere Forderung hartnäckig verneint worden und somit haben wir, gestützt auf unsere feste Organisation, heute die Arbeit eingestellt. Collegen, wir fordern Euch auf, den Bezug der Schuhmacher von Hamburg fern zu halten und uns mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. Etwaige Unterstützung wolle man senden an die Adresse: J. Walker, große Rosenstraße Nr. 52, 2. Etage, bei Parg. Mit collegialischem Gruß die Schuhmacher Hamburgs.

NB. Unser Arbeitsnachweisungsbureau befindet sich große Rosenstraße Nr. 37, bei Hübner.

**Frankfurt.** Herr Reichstagsabg. Sonnemann in Frankfurt, a. M., Eigenhümer u. Mitredakteur der Frankfurter Zeitung, ist, wie jetzt durch die Zeitungen mitgetheilt wird, ebenfalls unter Denjenigen, welche dem Gründungsschwindel ihre Unterstützung für schonen Gehalt geliehen haben. Es wird ihm vorgeworfen, und Herr Sonnemann hat den Thatbestand zugeben müssen, für die Ausarbeitung eines Statuts für eine Mecklenburgische Hypothekbank sich eine bedeutende Abfindung in Gestalt der Ueberlassung einer Anzahl Aktien zum Nominalwerth ausbedungen zu haben. In Folge des deutsch-französischen Krieges 1870 wurde die Gründung der Bank verhindert, sie trat erst gegen Ende des Jahres 1871 unter einem neuen Consortium, in welchem sich auch einer der früheren Concessionssucher befand, mit dem etwas veränderten Sonnemann'schen Statut ins Leben. Herr Sonnemann, dem das neue Consortium die eingegangenen Verpflichtungen des alten zu erfüllen verweigerte, hatte gegen das erstere eine Klage erhoben und forderte von demselben für seine „geleisteten Dienste“ 1/4 Prozent des 3 Millionen Thaler betragenden Aktienkapitals, was das hübsche Stämmchen von 7500 Thlr. ergibt. Gegenwärtig schwebt vor dem Frankfurter Gericht eine neue schmutzige Gründergeschichte, in der Herr Sonnemann als Kläger wegen Verleumdung aufgetreten ist; wir werden das Resultat seiner Zeit mittheilen.

Der Berliner „Neue“ hat den Fall Sonnemann contra Mecklenburger Hypothekbank benutzt, unserer Partei etwas am Zeuge zu spielen, weil wir bei der letzten Reichstagswahl in Frankfurt für Sonnemann gegen Rothschild und den Candidaten des Allg. d. Arbeitervereins gestimmt haben. Allein, was der „Neue“ hierbei sagt, ist nur ein Lustspiel. Unsere Partei stimmte für Sonnemann, weil er Candidat der bürgerlichen Demokraten, der weitgehendste der ernsthaft in Frage kommenden Candidaten war. Für den Candidaten des Allg. d. Arbeitervereins stimmten wir einfach deshalb nicht, weil kaum dreiviertel Jahre zuvor in der Vorstandswahl des Allg. d. Arbeitervereins unter dem Präsidium des Hrn. v. Schwoiger und mit Zustimmung der jetzigen Leiter des „Neuen“, der Herren Hasselmann und Halenclever, beschlossen worden war, lieber einem national-liberalen Bourgeois als einem „Ehrlichen“ die Stimmen zu geben. Der Austritt, den also von unsern Parteigenossen in Frankfurt der Candidat des Allg. deutschen Arbeitervereins bekam, war ein wohlverdienter und wir können die Herren vom „Neuen“ versichern, daß wir — auch ohne für Herrn Sonnemann zu stimmen — ihre Candidaten bei der nächsten Reichstagswahl ganz ähnlich behandeln werden, wenn sie die perfide, von der preussischen Regierung inspirirte Taktik vom Jahre 1871 wieder befolgen sollten. Verstanden ihre Herren! —

**Fürzheim.** Bei der Vorstandswahl des hiesigen, 800 Mitglieder zählenden Arbeiterbildungsvereins haben wir vollständig gesiegt. Bericht in nächster Nummer.

**Büch.** Die Schuhmacher in Zürich beabsichtigen in nächster Zeit eine Lohnerhöhung zu erzielen, es werden daher alle unsere Berufscollegen aufs Dringendste ersucht, bis auf weitere Anzeige Zürich zu meiden. Das Comité.

**Bukarest.** 23. April. (Telegramm des „Volkstaat“.) Wir Arbeiter auf der Bahnhof-Werkstätte zu Bukarest bitten alle Fachcollegen, Bezug hierher fern zu halten; wir stehen wegen Lohnerhöhung mit der Direction in Unterhandlung. Näheres brieflich. Sämmtliche Arbeiter.

**Erklärung.**

Nachdem nicht nur wiederholt im „Volkswille“, sondern auch von Anhängern der derzeitigen Redaktion dieses Blattes auf öffentlichen Versammlungen ein besonderes Gewicht darauf gelegt wurde, daß von unserer Seite das Zusammenkommen einer sogenannten „Untersuchungs-Commission“ verhindert worden sein soll und auch in der neuesten Kundgebung des Red.-Com. des „Volkswille“ (in Bezug auf das „tägliches Blatt“) abermals der Satz vorkommt: „Der Conflict in Wien ist persönlichen Motiven entsprungen. Er ist, nachdem die Friedensstörer das Schiedsgericht verhindert, als durch den Verein „Volkswille“ entschieden zu betrachten“ . . . .

fühlen wir uns zu folgender Erklärung veranlaßt:

- 1) Ein Schiedsgericht wurde von uns nicht verhindert. Die „Untersuchungs-Commission“, welche vom Ausschusse des pol. Vereins „Volkswille“ am 7. Februar gewählt worden war und welche es bis zum Ausbruche des Prinzipienstreites (am 28. Februar) noch zu keiner Sitzung gebracht, hatte bloß die Aufgabe, zu untersuchen, ob zwischen Oberwinder und Scheu ein persönlicher Zwiespalt bestiehe oder nicht.
- 2) Mit der Resolution des pol. Vereins „Volkswille“ vom 20. Februar über die Wahlreform, durch welche einer von Oberwinder lange verfolgten Politik die Krone aufgesetzt werden sollte, wurde uns klar, daß es sich hier nicht um persönliche Feindseligkeiten handle und die Thätigkeit der „Untersuchungs-Commission“ gegenstandslos geworden sei.
- 3) Wir konnten die Abstimmung im pol. Verein „Volkswille“ um so weniger als entscheidend betrachten und die Sache auf sich beruhen lassen, als wir in dem Berichte über die Sitzungen des Vereins („Volkswille“ vom 8. März Nr. 20) vor den uneingeweihten Parteigenossen als selbstsüchtige Kräfteher („Brutalität gegen Intelligenz“) hingestellt wurden.
- 4) Um aber den gegen uns gerichteten Anschuldigungen — als trachteten wir aus selbstsüchtigen Gründen die Partei zu spalten — die Spitze abzubrechen und zu zeigen, daß uns lediglich um die Erhaltung der Partei und ihres sozialdemokratischen Programmes zu thun ist, verlangen wir hiermit die Einsetzung eines Schiedsgerichtes, welches die Natur der Spaltung zu untersuchen und die Streitfrage endgiltig zu lösen hat.
- 5) Dem Spruche dieses Schiedsgerichtes, welches zur Hälfte aus Genossen unserer Anschauung, zur anderen Hälfte aus Vertretern der jetzigen Richtung des „Volkswille“ zu bestehen hätte und welchem ein gänzlich unparteiischer (z. B. ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei in Deutschland) präsidiren müßte, werden wir uns fügen.

Indem wir den Abdruck dieser Erklärung im „Volkswille“ verlangen, und zugleich, daß das dortige Redaktions-Comité unter Einem die Annahme oder Ablehnung des Schiedsgerichtes kundgebe, machen wir demselben auch bekannt, daß wir diese Erklärung auch im „Volkstaat“ und in der „Gleichheit“ veröffentlichen werden.

Wien, am 18. April 1873.  
Adolf Göhre, Zeichner; Heinrich Preuß, Metallarbeiter; Adolf Böhm, Silberarbeiter; Georg Schill, Goldarbeiter; Johann Duda, Färber; Jos. Bardon, Färber; Anton Dager, Rothgerber; Johann Hussar, Hutmacher; Sigmund Feldbauer, Färber; Franz Kaufmann, Tapezierer; Karl Kilian, Maurer; Rudolf Körbler, Steinmetz; Josef Spazier, Holzarbeiter; Franz Kiefewetter, Schmied; Fr. Gregoritsch, Vießer; Louis Werner, Tapezierer; Ferd. Schmied, Spängler; Franz Janschel, Tischler; Gustav Kirchner, Drechsler; Jos. Schen, Musiker; And. Schen, Zeichner und Modelleur; Ernst Hartung, Tischler; Christian Lang, Franz Stetner, Spengler; Josef Didenal, Rothgerber; Franz Hantl, Musikinstrumentenmacher; Leopold Schäftner, Bildhauer; Josef und Johann Schwarzinger, Schriftsetzer; Rudolf Kutil, dir. Instrumentenmacher.

Herr Andreas Schen ersucht uns mitzutheilen, daß er auf die Angriffe des Hrn. D. Oberwinder (Beilage von Nr. 26 des „Volkstaat“) in Nr. 7 der „Gleichheit“ (Wiener Neuhadt) erwidert hat. D. R.

**Erklärung.**

In Nr. 16 d. Bl. bezweifelten die Herren Grillenberger und Muth (München), daß ich eine neumononatische Gefängnishaft abgesehen habe. Und doch ist meine Behauptung wahr, daß ich in Wallersdorf bei Landskron (Waiern) gefesselt habe. Freilich ist darüber nichts im „Neuen Sozialdem.“ erschienen; allein ich war damals noch nicht Mitglied des Allgem. deutschen Arbeitervereins. Emil Lesser, Färber aus Berlin.

**Erklärung.**

Herrn, 19. April 1873. (An die Redaktion des „Volkstaat“ in Leipzig.) Mit Erstaunen lese ich im „Volkstaat“ vom 17. April einen Aufruf zu einer Sammlung für mich; derselbe ist gegen meinen Willen erlassen worden. Ich habe bisher keine Unterstützung erhalten und verlange auch durchaus keine. Ich ersuche Sie, diesen Protest sofort in den „Volkstaat“ einzurücken. Achtungsvoll

Abele Boruttan, Rue de la Navigation 4.

**Briefkasten**

der Redaktion: Müllen St. N. Anonyme Zusendungen können nicht berücksichtigt werden. J. B. Fürzheim: Brief dem Ausschusse überhandt. Zimmermann Hann.: Bitten um Mittheilung, von welcher Gewerkschaft Sie Schriftl. sind, u. die einen Congress abhalten will. der Expedition: Von Hoff Fährh Schr. 8 Thlr., von Reulirchner b. Schr. 7 Thlr. 14. 2. von Ober b. 2. Ca. 1 Thlr., Emma Roschly: Annoncen kosten 18 Gr., für Schuhmacher, Berlin: Annonce kostet 6 Gr., v. Stad. b. 2. Ca. 12 Gr. 5 Pf., v. Schr Mainz f. 1. Ca. 41 Thlr. 8., von E. M. Chemnitz f. 2. Ca. 15 Thlr., v. 3. Hoff Kreuznach Schr. 18 Gr. 6 Pf., v. Schbt Chemnitz Ann. 3 Gr., von Dyr Zwickau 2. Ca. 27 Gr., von A. „Lucas“ Dresden Ann. 6 Gr., von G. v. Augsburg 2. Ca. 20 Thlr., von W. Kis Magdeburg 1. Ca. 10 Thlr. 15 Gr., von W. Siefenau 2. Ca. 18 Gr., von G. M. v. Glauchau Schr. 18 Thlr., v. Schneiderverein S. J. 2. Ca. 1 Thlr. 9 Gr., v. Feld Röhlg 1. Ca. 14 Thlr. 12 Gr., v. J. v. Breslau 1. Ca. 2 Thlr. 13. 5 (siehe Erklärung d. Frau B.; 3 Thlr. zur Verfügung), von 3. M. b. 2. Ca. 15 Thlr., Bism. Weidman: Post liefert nach; 31 Heftel. 9. H. v. Marx übermächste Woche, von P. v. Par. f. Ann. 15 Gr., f. Ab. 10 Gr. (jezt 13mal bez.), von H. d. d. Schuldschein 5 Thlr. gratis zurück; von König Naude Ad. u. Schr. 28 Gr., von Dyr Zwickau Schr. 1 Thlr. 17. 5., von Tobn Berlin Schr. 7 Gr. 5 Pf., von Springer Berlin Schr. 20 Gr.

**Genossenschaftsbuchdruckerei.**

Antheilscheine bez. Cautionen erhielten in Württemberg: E. Jeps Thlr. 1, W. 2, Stern 2, in Magdeburg: W. Als 1, D. Kr. 1, W. Frhm 1, A. Kr. 2, Frau Kr. 2, in Leipzig: G. Schl. 2, Fr. Schl. 2, Fr. Schr. 2, in Hamburg: G. Schl. 1, R. Jacobs sen. 2, Als. Mertens 6, in Altona: G. Emn 3. Ebr. Hüblich.

**Mugsburg**

**Sozialdemokratische Arbeiterpartei.** Samstag, den 26. d., Abends 8 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung in der Schützenhalle. Tagesordnung: Das Programm der Arbeiterpartei. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. 3 o b. Schäfte.

**Altona**

**Gewerkschaft der Holzarbeiter.** Sonnabend, den 26. April, Abends 9 Uhr: Versammlung im Schuhmacherrathhaus, große Bergstraße. Vortrag von Der Bevollmächtigte.

**Berlin** **Sozialdemokratische Arbeiterpartei.** Montag, den 28. d., Abends 8 Uhr: Partei-Versammlung bei Mewis, Weberstraße 24a. Vortrag. Verschiedenes. Fragekasten. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. A. Heinsch, Vertrauensmann.

**Berlin** **Generalsammlung.** Sämmtliche Blätter Berlins werden ersucht, Sonntag den 27. d. M., Vormittags 10 Uhr im Heise'schen Lokal, Landsbergerstraße Nr. 15 zu erscheinen. Tagesordnung: 1. Abrechnung der Gewerkschaftskasse. 2. Berberatung zum Congress, welcher auf den 1., 2. und 3. Pfingstfeiertag c. in obigem Lokal anberaunt ist. Der Vorstand.

**Breslau.** **Sozialdemokratische Arbeiter-Partei.** Montag, den 28. d. M., Abends 8 Uhr finden zwei Versammlungen statt. Die erste in Schreiber's Restauration, Klosterstraße 73. Tages-Ordnung: Die Fortschrittspartei und das freie Vereins- und Versammlungsgesetz. Vortrag von B. Geiser. — Die zweite in Kubner's Restauration, Vorderbische 7. Tagesordnung: Der Junstzopf und seine Vertreter. Vortrag, Diskussion und Fragebeantwortung. Parteigenossen und Freunde laden zu recht zahlreicher Theilnahme an beiden Versammlungen ein. G. Oehme.

**Chemnitz** **Internationale Bauhandwerker-Gewerkschaft.** Den hiesigen und auswärtigen Mitgliedern zur Nachricht, daß sich von jetzt ab meine Wohnung Perkenstraße 9, 1 Treppe befindet, worauf ich alle correspondirenden Genossen aufmerksam mache. 2a) Heintz Herrmann, Bro.

**Heidelberg** Ich zeige hiermit an, daß ich am hiesigen Ort eine Filial-Expedition des „Volkstaat“ errichtet habe und Abonnements auf diesen wie auch Bestellungen auf sozialistische Schriften entgegennehme. 2a) J. E. F. F. F. Vertrauensmann.

**Holzminden.** Unser Versammlungslokal und Berlehr für sämmtliche Gewerbe, die Maurer ausgenommen, ist beim Gastwirth Hrn. König, Berlamung jeden Dienstag. 2b)

**Leipzig.** **Sozialdemokratischer Arbeiter-Verein.** Freitag, d. 25. April: Öffentliche Versammlung bei Zeidler, Windmühlenstr. 7. Tagesordnung: Sozialpolitischer Wochenbericht. Referent: Rauscher. Diskussion. Der Vorstand.

**Leipzig** **Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft.** Jeden Montag Abends 8 Uhr Sitzung, Reudnitzstr., bei Arnold. Mitgliederversammlung.

**Paris.** **Cafe-Brafferie-Duiffe Ch. Wust.** 35 rue de l'Arbre Sec 35 nahe am Louvre. Dejeuners et Diners a tout prix. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. „Volkstaat“, „Berner Bund“ und französische Zeitungen liegen auf. Hier Zureisenden wird bereitwilligst jede erwünschte Auskunft ertheilt. [mk2]

**Thonberg bei Leipzig.** **Arbeiterverein für Thonberg und Umgebung.** Montag, 28. April, Abends punkt halb 9 Uhr: Versammlung im großen Saale des „Gasthauses zu Thonberg“. Tagesordnung: Die erhöhten Gewerbe- und Gemeindesteuern. Gäste willkommen. Der Vorstand.

**Wildenfels.** Sonntag, den 27. April, feiert der Arbeiterbildungsverein sein **Erstes Stiftungsfest mit Ball,** wozu auswärtige Freunde und Gefinnungsgenossen eingeladen werden. Festlokal: Louis Beier. Anfang Nachmittag 5 Uhr. Der Vorstand.

**Ein Tischler**

(Partigenosse) wird auf fourmirte, leichte Arbeit gesucht Windmühlenstr. 48, II. in Leipzig.

**15 bis 20 tüchtige Schneider-Gehülfen** finden bei höchsten Löhnen dauernde Beschäftigung. W. Kamrath & Sohn, Braunschweig.

Schnell und pünktlich liefern sämmtliche Artikel des Buchhandels und der Colportage, sowohl an Wiederverkäufer, als an Jedermann zu den billigsten Preisen Heinze & Voigt in Leipzig. 5 c 2) Auf gefl. Aufträgen brieflich Näheres.

**Vertrauensmänner**

und Mitglieder der sozial-demokratischen Arbeiter-Partei werden gebeten, behufs Zufindung der gedruckten „Aktensätze in Sachen der aufgelösten erklärten Fährther Mitgliedschaft“ dem Unterzeichneten ihre Adressen baldigst angeben zu wollen. Bedendahl, Fährth b. Nürnberg. [3c]

**Herr M u n c e, vormalis in Marienberg,** wird aufgefordert, unser Outhaben für Niederbücher sofort einzusenden. Exp. der „Chemnitzer Ferien Presse.“

**Geburtsanzeige.**

Gestern Abend wurden wir durch die Geburt eines munteren Knaben erfreut. Leipzig, 22. April 1872. Ebr. Hadlich u. Frau.

**Emilie Flach**

Carl Friedrich Wännel

Verlobte. Roschly und Freiberg, April 1873.

Von dem im Verlage des Unterzeichneten erschienenen, (mit so vielem Beifall aufgenommenen) Bilde:

**Ferdinand Lassalle**

**der Kämpfer gegen die Kapitalmacht** hat ein zweites Abdruck die Presse verlassen und ist zu den früheren, bekannten Bedingungen zu beziehen: 1 Exemplar 7 1/2 Sgr., 11/10 Exemplare zusammen bezogen 2 Thlr.

Als würdiges Pendant zu obigem Bilde erschien in demselben Verlage:

**Bundeslied**

**der deutschen Sozialdemokratie.** Treffend illustriert von E. Klein, demselben, welcher das Bild La f alle's entworfen. Preis 1 Exemplar 7 1/2 Sgr. 11/10 Exemplare zusammen bezogen 2 Thlr.

Beide Bilde sollten als passende Zimmer-zierde in der Wohnung eines wahren Sozial-Demokraten nicht fehlen. Gegen Franco-Einfendung des Betrages werden dieselben den geehrten Bestellern sofort per Post zugesandt. Eberfeld, im April 1873. J. G. Born, Verleger. [4c]

Leipzig: Verantw. Redakteur E. Kasper. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4). Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.